



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12.02.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *ukrinform*, *tass*, *sputnik* und *ria.ru*
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin zum dritten Jahrestag der Unterzeichnung von „Minsk-2“:

Heute sind es drei Jahre seit der Unterzeichnung des Maßnahmenkomplexes zur Erfüllung des Minsker Vereinbarungen – eines Dokuments, das ein Ende der Kämpfe von Seiten der Ukraine ermöglichen und ein Fundament für eine friedliche Regelung des Konflikts werden sollte. Aber die unverändert destruktiven Positionen Kiews, die offene Weigerung seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Einwohner des Donbass haben zu einer Krise des Verhandlungsprozesses geführt.

Die Ungelöstheit der politischen Fragen, wie die Ordnung des Inkrafttretens des Gesetzes über einen besonderen Status, die Modalitäten zur Durchführung von Kommunalwahlen, die Annahme einer Amnestie und die Einfügung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine, verhindern die Erfüllung der anderen Punkte des Maßnahmenkomplexes. Denn gerade die politischen Punkte muss die Grundlage für eine komplexe und langfristige Regelung der Situation im Donbass werden. Statt eines direkten Dialoges mit den Vertretern der Republiken versucht die ukrainische Regierung immer häufiger, die entstandene Sackgasse durch eine willkürliche Interpretation der Minsker Vereinbarungen und eine gesetzgeberische Eigensinnigkeit, wie im Fall der Annahme des Gesetzes „über die Gewährleistung der Souveränität“ durch die Oberste Rada, zu umgehen. So demonstriert die Ukraine ihr Desinteresse an einer Wiederherstellung des Friedens im Donbass, indem sie keine konkreten Schritte unternimmt, sondern nur den Anschein von Aktivitäten zur Realisierung des Maßnahmenkomplexes schafft. Dennoch sind wir überzeugt, dass dieses Spiel für das Publikum von Seiten der Kiewer Regierung auf die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen und die internationalen Organisationen, die immer mehr die Unzuverlässigkeit der Ukraine als Beteiligte am diplomatischen Prozess begreifen, keinen Eindruck machen wird.

Es ist völlig offensichtlich, dass die Konzentration von militärischer Anwesenheit der ukrainischen Streitkräfte an den Grenzen der Republiken ein Ausdruck des Unwillens Kiews ist, den Konflikt mit diplomatischen Methoden zu lösen. Wir erleben den dritten Jahrestag von „Minsk-2“ unter Bedingungen wachsender Risiken für eine Wiederaufnahme der Kämpfe, deren Preis das Leben von Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie ist. Ein nachhaltiger Frieden wird nur dann eintreten, wenn die ukrainische Seite alle Punkte des Maßnahmenkomplexes genau erfüllt, und das ist möglich unter Bedingungen einer direkten Zusammenarbeit und eines offenen Dialogs mit den Vertretern der Republiken.

Die Außenministerin der DVR, Natalja Nikonorowa

de.sputniknews.com: Drei Jahre Minsker Vereinbarungen: Auswärtiges Amt zieht nüchterne Bilanz.

Auf die Minsker Vereinbarungen zur Beilegung der Ukraine-Krise wurden einst große Hoffnungen gelegt – ein dauerhafter Waffenstillstand sollte den Weg für eine politische Lösung des Konfliktes schaffen. Nach drei Jahren zieht nun das Auswärtige Amt Bilanz – und gibt sich zu den Ergebnissen äußerst pessimistisch.

Laut der Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes zeigt das Minsker Maßnahmenpaket zwar gewisse Fortschritte, wie etwa den funktionierenden Gefangenenaustausch, im Endeffekt könne man „mit dem Stand der Umsetzung nach drei Jahren (...) aber alles andere als zufrieden sein“, so die ernüchternde Botschaft des deutschen Außenministeriums.

„Viel zu wenig“ sei bislang erreicht worden, um diesen Konflikt zu lösen. Die andauernden Brüche des Waffenstillstandes würden zudem gerade in den Wintermonaten „verheerende Auswirkungen“ auf die Zivilisten haben, da der Zugang zu Kohle, Wasser und Nahrungsmitteln besonders gefährdet sei.

„Wir appellieren an alle Parteien, endlich den politischen Willen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu beweisen. Wichtig ist, zunächst die Sicherheitslage zu stabilisieren und die schweren Waffen aus der Region abzuziehen“, so die Forderung des Auswärtigen Amtes.

Eine Friedensmission der Vereinten Nationen könnte der Umsetzung der Vereinbarungen neue „Chancen bieten“.

Am Normandie-Format, der vierseitigen Kontaktgruppe aus Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine, wolle das Außenamt zur Findung eines Kompromisses ebenfalls weiter festhalten.

„Deutschland wird, zusammen mit Frankreich, im Normandie-Format weiter intensiv an einer Lösung arbeiten, die endlich Frieden bringt“, so das abschließende Statement der Mitteilung.

Dan-news.info: Kommentar des bevollmächtigten Vertreters der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk Denis Puschilin zum dritten Jahrestag der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen:

Ich muss häufig auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Fortsetzung des Dialogs mit der Ukraine im Rahmen der Minsker Verhandlungen antworten. Das Thema ist nicht einfach, weil es bei aller Überzeugung in die Richtigkeit des Kurses, den die Republik verfolgt, nicht möglich ist, das abschließende Ergebnis der Verhandlungen vorauszusagen oder einen konkreten Zeitraum für ihren Abschluss festzulegen.

Ursachen dafür gibt es mehrere, einige von ihnen sind völlig offensichtlich. Außerdem legt das Verhandlungsformat die bekannten Beschränkungen für die Möglichkeit einer öffentlichen Diskussion einer Reihe absolut wesentlicher Details fest, was die Situation noch mehr verwirrt und in einem Teil der Gesellschaft die Auffassung hervorbringt, dass die Anstrengungen, die wir in diesen Bereich einbringen, perspektivlos sind.

Ich meine, dass der dritte Jahrestag des Abschlusses der sogenannten zweiten Minsker Vereinbarung einen völlig passenden Anlass dafür bildet zu versuchen, bei diesem Thema alle Punkte auf das „i“ zu setzen, sich an die grundlegenden Etappen des Minsker Prozesses zu erinnern, seine Lehren zu überdenken und vorläufige Schlüsse zu ziehen.

Die Geschichte der menschlichen Zivilisation stellt eine lange Kette von Kriegen und kurzen Waffenstillständen dar. Es gibt Informationen, dass in der Zeit, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen ist, etwa 30 Millionen Menschen Opfer verschiedener Arten von bewaffneten Konflikten wurden. Es ist erstaunlich, dass der Zeitraum eines „absoluten“ Friedens dabei nicht mehr als einen Monat dauerte. Und obwohl diese Ziffern keine direkte Beziehung zu unseren eigenen Problemen haben, so geben sie dennoch einen Schlüssel zum Verständnis der fundamentalen Gesetzmäßigkeiten, die den Lauf der Prozesse bestimmen, deren Beteiligte wird sind.

In diesem Zusammenhang ist die in der Ukraine entstandene Situation nach meiner Meinung weder einmalig noch hoffnungslos, weil die Menschheit nach Anhäufung eines riesigen Vorrats an Kriegsmitteln ein nicht minder beeindruckendes Arsenal zur friedlichen Regulierung geschaffen hat.

In der Regel setzten sich die Konfliktseiten an den Verhandlungstisch, wenn eine von ihnen nicht

davon überzeugt ist, dass sie den Krieg gewinnen kann, ohne dabei einen übermäßigen Preis zu zahlen. Hier ist die Tatsache, dass die Unterzeichnung des Minsker Protokolls („Protokoll zu den Ergebnissen der Konsultationen der dreiseitigen Kontaktgruppe bezüglich gemeinsamer Schritte, die auf die Implementierung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine Pjotr Poroschenko und der Initiativen des Präsidenten Russlands Wladimir Putin gerichtet sind“) dem Scheitern des Augustangriffs der ukrainischen Streitkräfte, der mit der Vernichtung der ukrainischen Gruppierungen bei Ilowajsk endete, voranging, sehr interessant. Wie bekannt ist, hat der „Friedensplan des Präsidenten der Ukraine P. A. Poroschenko“, der sich auf die Punkte der Entwaffnung der Aufständischen bei teilweiser Amnestie und einer begrenzten Dezentralisierung der Staatsmacht beschränkt, eine Reihe wesentlicher Zusätze erhalten, die von der russischen Seite eingebracht wurden. Gerade der letztere Umstand hat den Charakter des Dokuments als Friedensvereinbarung bestimmt, das nicht nur die beidseitigen Verpflichtungen zur unmittelbaren Beendigung des Einsatzes von Waffen durch die Ukraine und die Republiken, den Austausch von Gefangenen nach der Formel „alle gegen alle“, sondern auch die Verpflichtung der Ukraine, eine Dezentralisierung der Staatsmacht durch die Annahme eines besonderen Gesetzes vorzunehmen, festlegte.

Entsprach der Abschluss dieser Vereinbarung unseren Zielen? Ich meine ja. Unsere Entscheidung war begründet und hat die in diesem Moment bestehende militärisch-politische Lage berücksichtigt. Die reale Lage unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten und Probleme, über die man jetzt in den Kommentaren am Rand stehender Beobachter nichts hört.

War die Vereinbarung für die Interessen des offiziellen Kiew günstig? Ich denke, nein, weil die Realisierung der politischen Komponente des Minsker Protokolls faktisch ein Fundament für die Föderalisierung oder sogar für eine Konföderalisierung der Ukraine legte. Die Entwicklung dieses Szenarios passte kaum in die Pläne der ukrainischen Führung.

Weil der Aufbau einer totalitären Form der staatlichen Leitung, gegründet auf der Idee des ukrainischen Nationalismus, in der Ukraine mit voller Kraft läuft, ist ein wesentlicher Durchbruch in der politischen Komponente der Verhandlungen in der nächsten Perspektive nicht zu erwarten. Der Mechanismus der praktischen Realisierung der Vereinbarungen, die von den Seiten im militärischen Bereich erreicht wurden, wurde in einem Memorandum festgelegt, das von den Verhandlungsteilnehmern am 19. September 2014 unterzeichnet wurde. In dem Dokument gab es eine Reihe von Beschränkungen für Angriffsaktivitäten der Seiten und für Flüge von Kampfflugzeugen, es waren der Abzug schwerer Waffen auf ihre maximale Schussweite, die Schaffung einer mindestens 30 km breiten Sicherheitszone sowie die Stationierung einer Beobachtermission der OSZE vorgesehen.

Mit Beginn der Arbeit (Ende September 2014) einer Arbeitsgruppe des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung wurden prinzipiell die notwendigen Bedingungen für eine Realisierung des Plans einer friedlichen Regelung geschaffen.

Ich meine, dass es nicht überflüssig ist sich daran zu erinnern, dass der Abzug schwerer Waffen erst im Dezember 2014 begann. Diesem Prozess gingen eine Wiederaufnahme des Beschusses von Donezk, eine Aktivierung der Kämpfe im Gebiet des Flughafens sowie die Abwehr der Durchbruchversuche der ukrainischen Streitkräfte in einer Reihe von Abschnitten der Kontaktlinie durch unsere Truppen voraus.

Die weitere Entwicklung der Ereignisse bestätigte vollständig, dass das offizielle Kiew die Absicht hat, eine gewaltsame Revanche durchzuführen, genauso wie das Fehlen einer Absicht (sprich: Möglichkeit) die übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Durchführung politischer Veränderungen zu erfüllen. Mit anderen Worten, Anfang 2015 hat die Führung der Ukraine beschlossen, die Einsätze zu erhöhen und plante den Abschluss von Vereinbarungen unter für sich selbst günstigeren Bedingungen. Wie es sich erwies, ist diese Rechnung nicht aufgegangen, und die Einkreisung der Debalzower Gruppierung der ukrainischen Streitkräfte hat den Präsidenten der Ukraine endgültig der Freiheit eines politischen Manövers beraubt und ihn gezwungen der Unterzeichnung des „Maßnahmenkomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“ zuzustimmen.

Ohne in die Einzelheiten zu gehen merke ich an, dass die zweite Minsker Vereinbarung keine konzeptionellen Unterschiede zum Protokoll und Memorandum enthält, die ihr zugrunde liegen, aber sie ist ein festes strukturiertes Dokument, das einen Algorithmus zur Deeskalation des Konflikts bestimmt, nicht nur eine erschöpfende Liste von Verpflichtungen der Ukraine im militärischen, politischen, sozialökonomischen und humanitären Bereich festlegt, sondern auch die Reihenfolge ihrer Erfüllung bestimmt. Am 17. Februar 2015 hat der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution Nr. 2202 den „Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“ gebilligt und alle Seiten aufgerufen seine vollständige Erfüllung zu gewährleisten. Die Erfahrung mit der Realisierung der vorhergehenden Friedensvereinbarung durch sie Seiten wurde berücksichtigt, was Änderungen in der Organisation der Arbeit der Kontaktgruppe nach sich zog. So wurden vier thematische Untergruppen gebildet, was die Möglichkeit gab, die Aktivität in jedem der o.g. Bereiche durch Heranziehung thematischer Spezialisten und Vergrößerung der Zeit zur Bearbeitung der Fragen zu intensivieren.

Unser Dialog mit der Ukraine gestaltet sich nicht einfach. Es ist wichtig zu begreifen, dass das Fehlen eines Fortschritts im politischen Bereich die Wahrscheinlichkeit des Erreichens von Kompromissen in anderen Bereichen wesentlich beschränkt, indem es das Feld der Erörterung auf nur einige Fragen verengt, deren Lösung für die Seiten keine entscheidende Bedeutung haben wird. Minsk bleibt für das offizielle Kiew weiter ungünstig, weil es dazu zwingt, Reputationsverluste hinzunehmen und in den Augen der Weltgemeinschaft als verhandlungsunfähige Seite dazustehen. Übrigens riskiere ich nicht, die Bedeutung der zuletzt genannten Tatsache überzubewerten, weil ich keine Illusionen über die wahren Ziele der ukrainischen Führung und ihre politische Selbständigkeit hege. Die derzeitige Position der ukrainischen Seite erinnert in vielem an einen Spieler, der in Zugzwang geriet und fordert, nicht nur die Partie von neuem zu beginnen, sondern auch die Regeln zu ändern und den Gegner gleich mit.

In der entstandenen Situation können wir kaum mit einem wesentlichen Durchbruch in den Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung rechnen. Dabei müssen einige Umstände berücksichtigt werden.

Erstens. Der Minsker Prozess verdankt sein Zustandekommen der Normannischen Format, durch das er bedingt war und bleibt. Außerdem wurden die grundlegenden Dokumente von Minsk vom UN-Sicherheitsrat gebilligt. Mit anderen Worten, indem wir an den Verhandlungen teilnehmen, halten wir Regeln ein, die von der Weltgemeinschaft festgelegt wurden, und handeln entsprechend dem Plan zur friedlichen Regelung, der von einem Organ, das Verantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und Sicherheit trägt, gebilligt wurde. In diesem Sinn ist Minsk-2 für uns eine alternativlose Variante zur Lösung der Frage.

Zweitens. Minsk bleibt der einzige offizielle Ort, wo wir einen direkten Dialog nicht nur mit der EU, sondern auch mit der übrigen Welt, einschließlich den Verbündeten der derzeitigen ukrainischen Regierung, führen können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu berücksichtigen, dass von Ukraine konkrete Verpflichtungen angenommen wurden, an deren Erfüllung sie im übrigen nicht interessiert ist. Urteilen Sie selbst: Die Verfassungsreform ist faktisch gescheitert, das Gesetz „Über eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung“ erblickte das Licht der Welt totgeboren, die Realisierung von Punkt 8 des Maßnahmenkomplexes, der eine vollständige Wiederherstellung der sozialökonomischen Beziehungen durch die Ukraine vorsieht, ist utopisch.

Drittens. Die Welt ändert schrittweise ihr Verhältnis zur Republik und zur Situation in der Ukraine insgesamt. Es gibt Gründe anzunehmen, dass die sogenannte „ukrainische Frage“ ihre Stellung in der weltweiten politischen Tagesordnung verlieren wird. In diesem Zusammenhang bleibt zu hoffen, dass in der ukrainischen Führung gesunder Menschenverstand über den Wunsch, das Problem durch die Durchführung einer weiteren militärischen Provokation zu aktualisieren, überwiegt.

Man muss sich auch daran erinnern, dass die Interessen der derzeitigen ukrainischen Regierung und des Volks der Ukraine nicht übereinstimmen. Indem es einen Kurs auf eine ökonomische Blockade und eine äußere Isolation der von ihm nicht kontrollierten Territorien verfolgt und sich außerdem

mit einer Hartnäckigkeit, die einer bedeutenderen Angelegenheit würdig wäre, vor der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen drückt, hat das offizielle Kiew faktisch den Charakter unserer Handlungen zur Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit und ökonomischen Selbständigkeit vorherbestimmt. So wurden die Integrationsprozesse in die RF angestoßen und geraten in Schwung, und ihre Ergebnisse wurden bereits nicht nur von unseren Bündnispartnern wahrgenommen.

In gewissem Sinne kann man behaupten, dass die DVR einseitig mit der Realisierung der Bestimmung von Artikel 8 des oben genannten Gesetzes der Ukraine „Über eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblast Donezk und Lugansk“ begonnen hat, die die Entwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die auf die Ausweitung und Vertiefung gutnachbarlicher Beziehungen mit den administrativ-territorialen Einheiten der RF abzielt, vorsieht.

Ernsthaft gesprochen meine ich, dass Kiew eine komplizierte Zeit erwartet, weil die Frist der Zahlungen auf Kosten der Kreditgeber ausläuft. Für uns ist diese Tatsache nicht weniger wichtig, weil die Ukraine bei jeder Entwicklung der Situation unser Nachbar bleibt.

Bezüglich der Verhandlungen werden wir darauf hoffen, dass es der Dialog mit dem offiziellen Kiew erlauben wird, wenigstens eine relative Ruhe an der Kontaktlinie zu bewahren und unsere Zusammenarbeit im humanitären Bereich fortzusetzen. Im übrigen liegt der Ball auf der Seite des Gegners, der sich offensichtlich nicht mit dem Spiel beeilt.